

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, damit ist die Behandlung der **Mündlichen Anfrage 29 abgeschlossen.**

Wir haben zugleich das Ende der Fragestunde erreicht, so daß ich die nachfolgenden Anfragen jetzt aufrufen werde und Sie bitte, als Fragesteller zu erklären, ob Sie eine schriftliche oder mündliche Beantwortung wünschen.

Ich komme zur **Mündlichen Anfrage 30** des Herrn Abgeordneten Arentz von der Fraktion der CDU. - Mündlich oder schriftlich?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schriftlich!)

Mündliche Anfrage 31 des Herrn Abgeordneten Krömer von der Fraktion der CDU. -

(Wilhelm Krömer [CDU]: Schriftlich!)

- Also schriftlich. *) - **Mündliche Anfrage 32** des Herrn Abgeordneten Petring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Schriftlich!)

- Schriftlich. - **Mündliche Anfrage 33** des Herrn Abgeordneten Diegel von der Fraktion der CDU.

(Helmut Diegel [CDU]: Mündlich!)

(B) - Mündlich. - **Mündliche Anfrage 34** des Herrn Abgeordneten Hombach von der Fraktion der SPD.

(Loke Mernizka [SPD]: Schriftlich!)

- Schriftlich. - **Mündliche Anfrage 35** des Herrn Abgeordneten Giltjes von der Fraktion der CDU.

(Kein Zuruf)

- Dann erfolgt die Beantwortung schriftlich.

Das bedeutet, daß wir das Ende der Fragestunde erreicht haben.

3 Nachwahl eines Schriftführers des Landtags

Wahlvorschlag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/305

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Dann können wir zur **Abstimmung** kommen. Wer dem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 12/305 angenommen** und der Abgeordnete Jamal Karsli zum Schriftführer des Landtags gewählt. (C)

Ich darf Sie fragen, Herr Kollege Karsli, ob Sie die Wahl annehmen.

(Jamal Karsli [GRÜNE]: Ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön. - Dann darf ich Sie im Namen des Hauses zur Wahl beglückwünschen. Wir erhoffen uns eine gute Zusammenarbeit im Präsidium des Landtags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir kommen zu:

4 Umbenennung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/319

Wird das Wort erbeten? - Das ist nicht der Fall. (D)

Dann kann ich über den Antrag **abstimmen** lassen. Wer dem Antrag Drucksache 12/319 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist der **Antrag Drucksache 12/319 angenommen**. Das bedeutet, daß der Ausschuß ab sofort den Namen "Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz" trägt.

Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/153

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/350

zweite Lesung

*) Schriftliche Antworten siehe Anlage

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Meine Damen und Herren, mit den **Drucksachen 12/352 bis 12/357** haben Sie sechs Änderungsanträge der Fraktion der CDU erhalten, die **in die Beratung einbezogen** werden.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Reul für die Fraktion der CDU das Wort.

Herbert Reul (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das müßte ja eigentlich ein Titanenwerk sein, das wir am heutigen Tage hier beraten, wenn man sich noch einmal das Schauspiel vergegenwärtigt, das in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Nachtragshaushaltsberatung stattgefunden hat. Es müßte eigentlich ein riesengroßer Wurf sein: Eine Sitzung jagte die andere, Fraktionen, Koalitionsausschuß, Arbeitskreise, Pressekonferenz hier, Pressekonferenz dort, Interview in diesem Kanal, Interview in jenem Kanal, Beschimpfungen hier, Beschimpfungen dort, Koalitionskrise. Welch ein Theater! Das Ergebnis, das der Öffentlichkeit dann präsentiert wurde, ist nur mit dem Motto zu beschreiben: Der Berg kreißte und gebar nicht einmal eine Maus, sondern ein Mäuslein.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, mit **welch großen Zielen** sind Sie angetreten? Was haben Sie für diesen Nachtragshaushalt in der Öffentlichkeit an Ansprüchen erweckt? - Eine große Kurskorrektur sollte erkennbar sein, ein neuer Weg sollte beschritten werden. Der einzige neue Weg, der beschritten wurde, ist der, daß heute in diesem Parlament eine Ministerin ihrem Vorgänger nicht bescheinigt, daß er die Wahrheit gesagt hat, sondern hier nur einen Freispruch unter Vorbehalt vorträgt. So etwas hat es in diesem Parlament allerdings wirklich noch nicht gegeben, das ist einzigartig.

(Beifall bei der CDU)

Die Ankündigungen der GRÜNEN zu diesem Nachtragshaushalt lauteten, die Weichen sollten neu gestellt werden - große Sprüche -; herausgekommen sind ein Nullsummenspiel, keine neuen Akzente, ein Nachtragshaushalt, der die ohnehin gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Verpflichtungen des Landes weiter festschreibt, keine neuen Akzente, ein Nachtragshaushalt, der die Chancen verpaßt - mit einer Ausnahme, die ich nennen will und die auch die volle Rückendeckung der CDU-Landtagsfraktion erfährt: Die 10 Millionen DM, die wir gemeinsam für Meisterprämien eingestellt haben, sind eine wirklich gute Sache,

die allerdings noch aus der Vergangenheit resultiert. (C)

Aber sonst? - Die SPD-Fraktion hat von vornherein klargemacht, daß sie den Haushalt eigentlich gar nicht brauche. Beim Thema "Arbeit statt Sozialhilfe" ist nach all dem Tamtam der letzten Woche nur das herausgekommen, was ohne Nachtragshaushalt auch herausgekommen wäre:

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Quatsch!)

ein Kompromiß, der zur gegenseitigen Gesichtswahrung dermaßen verquast formuliert ist, daß man ihn kaum noch verstehen kann. Vielleicht ist das auch die Intention dieses ganzen Unternehmens. Deshalb bringen wir hier noch einmal den Antrag in aller Klarheit ein, und dann haben Sie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Chance, dieses Programm für die nächsten zwei Jahre glasklar sicherzustellen und zu gewährleisten, daß 3 000 Menschen, die davon betroffen sind, wieder Sicherheit und Klarheit haben, wie es im Haushalt 1995 gestanden hat. Ich bitte nämlich zu bedenken, daß der Koalitionsknatsch, den Sie haben stattfinden lassen, bei den Menschen, die davon betroffen sind, eine große Unsicherheit ausgelöst hat. Das gesamte Parlament hat, wie ich denke, die Pflicht, für Klarheit und Eindeutigkeit zu sorgen. (D)

(Reinhold Trinius [SPD]: Dafür ist gesorgt! - Zuruf Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Deshalb lade ich, Herr Busch, die Fraktion der GRÜNEN ein, unserem Antrag zu folgen.

Entgegen allen Ihren Ankündigungen ist ein langweiliges "Weiter so!" umhüllt mit einem grünen Mäntelchen. Mehr ist dabei nicht herausgekommen. Schwerpunkte haben Sie nicht gesetzt, Akzente sind nicht zu erkennen, obwohl sie notwendig gewesen wären. Immer dann, wenn es auch in den Beratungen der Fachausschüsse zum Schwur kam, zeigte sich bei Grün-Rot der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Ich will das an Beispielen belegen: Erinnern Sie sich an das Projekt "Geld statt Stellen", eingeführt als Element, um die Unterrichtssituation in unseren Schulen zu verbessern, angekündigt als große Hilfe für unsere Schulen. Und es ist ja auch angenommen worden, es hat als kurzfristige Hilfe wirklich seinen Beitrag geleistet. Dann stellt man nach den Sommerferien fest: Die Mittel reichen nicht aus, es klappt nicht mehr, es sind keine Genehmigungen mehr zu erteilen; das heißt, das nächste halbe Schuljahr findet keine Unterstüt-

(Reul [CDU])

(A) zung mehr. - Meine Damen und Herren, ich kann durchaus nachvollziehen, daß man bei einem neuen Programm nicht genau kalkulieren kann, wie viele Mittel man braucht; daraus will ich niemanden einen Vorwurf machen. Aber wenn man feststellt, daß das nicht reicht, muß Politik handeln, müssen Entscheidungen getroffen werden.

Deshalb haben wir als CDU-Fraktion im zuständigen Ausschuß den Antrag gestellt, 10 Millionen DM einzusetzen, um bis zum Jahresende Verlässlichkeit zu haben und Unterrichtsausfall in dem Maße zu verhindern, wie es das Programm hergibt. Der Kollege Frey von der SPD-Fraktion hat im Ausschuß laut gejubelt und sogar gesagt, eigentlich reichten die Mittel nicht aus, man brauche noch mehr. Aber nachdem er gejubelt und gesagt hat, das sei im Grundsatz richtig, hat er dann mit voller Begeisterung gegen unseren Antrag gestimmt. So ist das bei Sozialdemokraten mit Anspruch, Wirklichkeit und Glaubwürdigkeit. Sozialdemokratische Politik heißt: schöne große Bildungskommissionen einsetzen, die hoch über den Wolken über die Schule der Zukunft und über die Schule als Haus des Lernens philosophieren, während fernab von diesen Wolkenkuckucksheimen in den Häusern des Lernens vor Ort Lesen, Rechnen, Schreiben nicht mehr in ausreichendem Ausmaße stattfinden können, weil Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

(B)

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Herr Appel, Sie haben im Wahlkampf auseinandergesetzt, Sie würden mehr für Schulen tun. Etwas Peinlicheres habe ich noch nie erlebt, als daß Sie im Schulausschuß diese ganzen Anliegen nicht konkret unterstützt haben. Sie haben dagegen gestimmt.

(Beifall bei der CDU)

Sprüche machen kann ich auch. Keine müde Mark mehr im Topf, um hier mit unbürokratischen, unkonventionellen Ansätzen die größten Probleme zu lösen! Die Mittel reichen schlicht und einfach nicht.

(Roland Appel [GRÜNE]: Und Herr Waigel?)

- Was will der Herr Waigel? Sie sind hier im Düsseldorfer Landtag verantwortlich für Unterrichtssituationen. Schwätzen Sie doch nicht Sachen, die gar nicht zum Thema gehören. Herr Appel, es geht um die Frage, ob Sie bereit sind, 10 Millionen DM in die Hand zu nehmen, damit ein Konzept, ein Projekt weitergetragen werden

kann, ja oder nein. Sonst sind Sie verantwortlich dafür, daß in Zukunft in den nächsten Monaten der Unterricht ausfällt, schlicht und einfach, und zwar auch Sie von den GRÜNEN. Das ist die Wahrheit. (C)

Man muß dann zwischen irgendwelchen Zukunftsträumen und Kommissionitis und ganz konkreten, praktischen Hilfen abwägen. So ist das. Geld dafür wäre ja da. Ich will Ihnen direkt den Vorschlag machen. Natürlich wäre Geld da. Wir haben Ihnen einen Vorschlag zur Deckung dieser 10 Millionen DM gemacht.

Ich will einmal an den immer noch völlig überdimensionierten Haushaltstitel zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit erinnern. Erinnern Sie sich noch? 9,5 Millionen DM sind da mittlerweile drin. Der war mal letztes Jahr - Sie erinnern sich noch - eingeführt worden, um die krummen Tricks, mit denen Herr Ex-Umweltminister Matthiesen damals vor der Landtagswahl noch schnell Mittel organisieren wollte, zu legalisieren, damit das in Zukunft keine Probleme vor dem Landesverfassungsgericht mehr gibt. Das war der Sinn des ganzen Unternehmens.

Da haben wir im letzten Jahr gefordert, diesen Matthiesen-Fonds drastisch auf null zu reduzieren. Damals hatten wir engagierte Mitstreiter, ganz engagierte Mitstreiter, die wollten es auch streichen. Die waren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Da haben Sie gesagt, streichen wir. (D)

Jetzt ist Herr Matthiesen kein Umweltminister mehr. Mit Müllentsorgung hat er zwar auch noch zu tun, aber mehr in der eigenen Fraktion. Aber dieser Fonds ist doch nach wie vor überflüssig, Herr Appel. Ein engagierter und eifriger Mitstreiter aus der letzten Haushaltsdebatte fehlt uns, und das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kann das vielleicht daran liegen, Herr Appel, daß jetzt die Umweltministerin von Ihnen gestellt wird, der Bauminister von Ihnen gestellt wird und die beiden Minister selbst auch Zugriff auf diesen Topf der Öffentlichkeitsarbeit haben wollen? Kann das das Argument sein, warum Sie plötzlich Ihre Position ändern? Wissen Sie, so geht das eben: Mit Posten und mit dem Zeitpunkt ändert sich dann auch der Standpunkt.

So anpassungsfähig ist grüne Politik.

(Beifall bei der CDU)

(Reul [CDU])

- (A) Wir haben übrigens einen zweiten Vorschlag im Finanzausschuß gemacht: Wir wollten die Rechte des Parlaments stärken. Bei den Grundstückseinkäufen von mehr als 3 Millionen DM oder bei Käufen von besonderer Bedeutung sollte der Landtag zustimmen. Herr Schlußer kennt dieses Projekt sehr genau: Grundstückskäufe und Einbeziehung des Landtages. Im letzten Jahr waren wir da nicht allein bei der Frage, Stärkung des Parlaments. Im letzten Jahr gab es noch ganz eifrige Mitstreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jetzt haben wir den Antrag wieder gestellt. Das Anliegen ist nach wie vor aktuell. Es hat sich gar nichts geändert. Aber dieser Bündnispartner fehlt uns heute. Das kann vielleicht diesmal daran liegen, daß der Bauminister Vesper auch gerne wie Herr Schlußer segnend durchs Land gehen möchte und großzügig ministerielle Gastgeschenke verteilen will, ohne jedesmal das Parlament fragen zu müssen. So ist das eben, Herr Appel: Mit Posten und Zeitpunkt ändert sich der Standpunkt. Bei den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen ist das evident.

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Anträgen vortragen, die früher von der GRÜNEN-Fraktion - sogar noch vor kurzer Zeit - mit eifriger Unterstützung mitgetragen wurden. Ich erinnere an die Ausgleichszahlung für Landwirte. Das haben wir diesmal auch wieder beantragt.

(Beifall bei der CDU)

Da waren die GRÜNEN nicht mehr zu sehen.

Die Frau Landwirtschaftsministerin ist wahrscheinlich jetzt in intensiven Dreierverhandlungen mit Herrn Rau und Herrn Matthiesen, um die Probleme dieser Welt zu lösen, damit wir morgen die richtige Berichterstattung organisiert bekommen. Aber die Frau Landwirtschaftsministerin läuft überall über das Land. Ich frage mich, wo ist denn jetzt die Zustimmung zu einem konkreten Projekt, dessen Richtigkeit Sie vor kurzer Zeit auch noch unterstützt haben, nämlich der Ausgleichszahlung für unsere Landwirte. Es gilt nach wie vor derselbe Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Busch [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich kenne die Frage, Herr Busch, ob das nicht in anderen Bundesländern auch so ist. Es ist immer dieselbe Debatte. Es wiederholt sich ja alles. Der Hinweis darauf, Herr Busch, daß man das in anderen Bundesländern möglicherweise auch nicht

macht, gehört hierhin. Ich will Sie mal auf Bayern hinweisen, wo diese Zahlung natürlich geleistet wird, auch in Zukunft und sogar im nächsten Jahr, wenn die Bundesmittel nicht mehr geleistet werden, das Land selber eigene Mittel in Gang setzen wird, um hier zu helfen.

(C)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Reul, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herbert Reul (CDU): Nein, ich erzähle jetzt mal zu Ende, weil meine Zeit so befristet ist. Sonst komme ich gar nicht zu Ende.

Die Zurückführung von Steuermitteln zum Erwerb von Grundstücken in Höhe von 28 Millionen DM, das war wieder ein Vorschlag von uns. Wir waren der Meinung, daß das Land Grundstücke nur in dem Wert erwerben soll, in dem es sie auch verkauft. Die GRÜNEN waren bisher ebenfalls der Meinung. Auch hier die wunderbare Wandlung in der Auffassung der GRÜNEN.

Verkleinerung der Regierung, Verschlinkung des Regierungsapparats, Transparenz von Handlungsabläufen, immer haben wir das zum Thema der Haushaltsberatung gemacht. Herr Busch und die Seinen waren immer kräftig dabei und haben gesagt: Richtig so, das müssen wir dringend ändern.

(D)

Jetzt haben wir beim Nachtragshaushalt erstmalig die Gelegenheit zu sehen, wie dieser Kampf der GRÜNEN für mehr Transparenz und Verkleinerung des Staatsapparates in der Praxis gemeint war. Bisher waren wir der Auffassung, wir würden das gleiche meinen. Aber jetzt stellen wir fest, was wirklich dahintersteckt: Die traurige Wahrheit ist, in dieser Koalition wurde in den ersten hundert Tagen bis zum heutigen Tage eigentlich nichts anderes gemacht, als darum zu ringen, wer welche Posten, welche Position, welche zusätzliche Stelle an welcher Stelle für die eigene Klientel bekommt. Sie von den GRÜNEN waren absolut Weltmeister in dieser Frage. Wie schnell Sie das gelernt haben, ist schon wirklich eindrucksvoll.

Dieser neue Haushalt weist zusätzliche Planstellen und Stellenanhebungen in sage und schreibe sechs Ministerien plus der Staatskanzlei aus.

(Reinhold Trinius [SPD]: Alle gedeckt!)

Der Staat wird nicht schlanker. Der Staat setzt mehr Fett an, und ganz besonders setzt er grünes Fett in dieser Frage an, meine Damen und Herren.

(Reul [CDU])

(A) (Reinhold Trinius [SPD]: Alles durch Absetzung gedeckt!)

- So ist das eben, Herr Trinius - da stimmen Sie mir doch sicher zu -: Mit der Zeit, mit Posten und mit Zeitpunkten ändert sich der Standpunkt, bei den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen nachzulesen. So geht das blitzschnell: vom Fundi zum Pfrundi.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das ist das, was wir beobachten können.

Wissen Sie, in der Zeitschrift "konkret" - mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich daraus - steht zu lesen:

"Getreu dem Wahlkampf und Lebensmotto des großen Vorsitzenden und Landesvaters Johannes Rau 'Versöhnen statt spalten' wäscht an Rein und Ruhr eine Hand die andere. Dazu gehört, daß wir in NRW uns gegenseitig über die Runden helfen mit Karrieren, Aufträgen und Personal."

Dieser treffende Satz aus dem Jahre 1993 - "konkret" - stammt vom damaligen Pressesprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion. Heute ist derselbe Mann, der das verurteilt hat, stellvertretender Regierungssprecher, neben dem Stellvertreter des Regierungssprechers tätig beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten, neben dem dortigen Ministeriumssprecher und dessen Stellvertreter.

(B)

So geht das halt. Mit Posten und Zeitpunkten ändern sich auch Standpunkte.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Der darf aber nicht in die Staatskanzlei! - Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

Das alles wäre viel Stoff und ein langes Kapitel in dem Buch "Rot-grün oder wie die Filz-Connection das ganze Steuergeld verheizt". Dazu würde ich gern ein Vorwort schreiben, und im Gegensatz zu Frau Höhn stünde ich auch zu dem, was ich geschrieben hätte.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das Buch würde niemand kaufen! - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Du würdest es auch verkaufen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, daß Sie das alte Spielchen der SPD jetzt mitmachen, daß Sie unter den grauen Filzmantel von Johannes Rau gekrochen sind und

den Stillstand in diesem Lande jetzt mit einem grünen Etikett versehen, ist Ihre Sache, Ihr Bier. (C)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Herr Reul, nein!)

Das müssen Sie vor Ihren Wählern verantworten.

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

Aber, um eines bitte ich schon: Rennen Sie nicht weiter mit dem Anspruch herum, Sie würden die Erneuerung, die Reform und die neue Ehrlichkeit in der Politik. Das sind Sie nicht! Diesen Kredit haben Sie in den 100 Tagen total verspielt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

- Herr Vesper, ich an Ihrer Stelle würde mich, wenn es um Filz und um Fragen neuen Stils und Schwungs in Regierungen geht, nicht melden.

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: Ich habe mich nicht gemeldet, ich habe nur eine Frage gestellt! - Zuruf des Ministers Heinz Schließer)

Da würde ich mich ganz geduldig zurücklehnen, warten und hoffen, daß nicht allzuviel darüber geredet wird, was in Ihrer Praxis in den ersten Tagen stattgefunden hat; um das einmal in aller Klarheit hier vorzutragen. (D)

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Unverschämt!)

Sie haben 30 Stunden über diesen Nachtragshaushalt debattiert, und zwar über 20 Millionen DM, die im Streit lagen.

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Ich dachte, Sie reden über Personal!)

Ich frage: Wie lange werden Sie über den Haushalt 1996 diskutieren, wenn über 86 Milliarden DM verhandelt wird?

(Zustimmung des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Wie viele Wochen und Monate wollen Sie dann miteinander kaspeln und streiten und sich auseinandersetzen?

Helmut Linssen hat schon damals, als die SPD noch allein regierte, immer gesagt, wieviel wertvolle Zeit dieses Land in jener Zeit verloren hat, weil Entscheidungen nicht getroffen worden sind. Gegen das Tempo der heutigen Politik ist das der

(Reul [CDU])

(A) Alleinregierung Rau aber fast ein Sprinttempo. Das ist im Vergleich zu dem, was hier stattfindet, extrem schnell gewesen. Drei Wochen Diskussionen über diese kleine Summe!

Wenn dieses kleinkrämerische Hickhack so weitergeht, ist es im Grunde genommen vollkommen egal, wer welchen Standpunkt hat, dann ist nämlich der Zeitpunkt verpaßt, daß dieses Land die Chance hat, den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung und den Fortschritt in Deutschland und Europa zu schaffen. Ich frage mich, wie der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister dieses Landes

(Minister Wolfgang Clement ist nicht an seinem Platz.)

- Herr Clement scheint auch bei der Verhandlung dabeizusein - diese gegenseitige Blockadepolitik mitmachen können, dieses Starren wie das Kaninchen auf die Schlange, das mißtrauische Warten darauf, daß sich der andere eine Blöße gibt.

Die Folge ist ja nicht, daß Sie sich untereinander schlagen und streiten; das ist Ihr Problem. Die Folge für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in diesem Bundesland ist Blockade, und das ist das Problem. Diese Koalition des institutionalisierten Widerspruchs - nach dem Motto: Garzweiler heute ja, morgen nein; PVC heute ja, morgen nein; Luftverkehr stärken heute ja, morgen nein; Straßenbau heute ja, dann wieder nein - gefährdet die wirtschaftliche Zukunft in diesem Lande, und das ist das Unverantwortliche.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeche zahlen die Menschen in diesem Lande.

Wir haben ja alle reichlich Briefe aus Unternehmen - auch aus der chemischen Industrie - bekommen, in denen darauf hingewiesen wird, daß hier Produktionsabbau ansteht. Führende Luftfahrtgesellschaften mahnen an, daß sie hier nicht mehr bleiben können, wenn diese Politik weitergeht. Investitionen im Energiebereich und in anderen Bereichen werden zurückgestellt. Das sind keine Halluzinationen, keine Fata Morganas, sondern das ist die Wirklichkeit, und das ist nachzulesen.

Das neueste Beispiel liefert jetzt Frau Höhn. Damit werden wir uns wahrscheinlich in den nächsten Wochen wieder auseinandersetzen müssen. Da will eine Gemeinde in einer sehr strukturschwachen Gegend in der Eifel eine große Investi-

tion unter dem Stichwort "Center Parc" tätigen, und Frau Ministerin Höhn hat nichts anderes zu tun, als dieses Projekt schon in Frage zu stellen und zu torpedieren. 600 Arbeitsplätze stehen an, und die Frau Ministerin macht nichts anderes, als zu bremsen, zu stören, zu blockieren. Der Wirtschaftsminister ist dafür, der Ministerpräsident soll auch dafür sein. Darüber werden wir uns wieder Wochen und Monate unterhalten, und am Ende kommt nichts heraus, zumindest nichts Erfolgreiches für die Bürgerinnen und Bürger. (C)

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen - um das in aller Klarheit zu sagen - keine Koalition des täglichen Vorwurfs und des Mißtrauens, sondern wir brauchen eine Koalition der Vernunft, die sich zusammenreißt und die Verlässlichkeit schafft; denn Verlässlichkeit ist die Voraussetzung für Arbeitsplätze. Das Einzige, was ich in diesen 100 Tagen gelernt habe, ist, daß auf diese Regierungskoalition alles andere als Verlaß ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

Reinhold Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Reul, eine solche Rede kann man nur halten, wenn man keinen Blick in den Nachtragshaushalt geworfen hat. (D)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Zustimmung des Ministers Heinz Schließer)

Der Nachtragshaushalt enthält ganz eindeutige Akzente.

Der erste Akzent: Es gibt eine Vereinbarung zur Kohle zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen. In dieser Vereinbarung geht das Land Nordrhein-Westfalen Verpflichtungen für die nächsten Jahre ein. Für diese Verpflichtungen müssen die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen jetzt geschaffen werden. Deshalb mußte der Nachtrag eingebracht werden; diese Verpflichtung gehen wir mit Verpflichtungsermächtigungen zur Förderung der Kohle ein.

Ich muß freilich hinzufügen: Ich höre neuerdings wieder, daß Bonn die Kohlebeihilfe entgegen allen

(Trinius [SPD])

- (A) Absprachen, allen Vereinbarungen und feierlichen Versicherungen erneut in Frage stellt.

(Loke Mernizka [SPD]: Dazu hätte der Reul lieber was sagen sollen!)

Der Nachtragshaushalt enthält einen weiteren wichtigen Akzent. Über diesen Akzent können Sie nicht hinwegtäuschen, indem Sie auf Ihren Antrag "10 Millionen DM mehr für 'Geld statt Stellen'" hinweisen. So sehr es zu begrüßen ist, daß Sie sich voll hinter das Programm "Geld statt Stellen" stellen, das von unserer Landesregierung und meiner Fraktion entwickelt worden ist - es hat ja Widerstände genug gegeben -, der Nachtragshaushalt stellt 440 zusätzliche Stellen für unsere Schulen bereit, die damit zum 1. Februar 1996 mit Angestellten besetzt werden können. Das heißt: Der Nachtragshaushalt trifft Vorsorge für all das, was Sie hier in Schreckensfarben an die Wand gemalt haben.

Es gibt zwei weitere wichtige Schwerpunkte dieses Nachtragshaushalts: zum einen eine erneute Erhöhung des Programms für die Verwendung von erneuerungsfähigen Energien und für die rationelle Nutzung von Energie, zum anderen die Meistergründungsprämie; auch diese können Sie ja nur begrüßen. Aber der Nachtragshaushalt macht es möglich, diese Ausgaben künftig zu tätigen.

(B)

(Peter Bensmann [CDU]: Wieviel denn?)

- Genau! Wir haben es mit Mehrausgaben in einer Größenordnung von knapp 660 Millionen DM zu tun. Wir haben eine Reihe von Mehreinnahmen einstellen können, insbesondere Verwaltungseinnahmen. Der Rest wird dadurch gedeckt, daß Einsparungen vorgenommen werden in einer Größenordnung von 276 Millionen DM. Herr Kollege Bensmann, das wissen Sie ganz genau. Das heißt: Dies ist ein solider Nachtragshaushalt, bei dem gleichwohl Akzente - auch neue Akzente - gesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Obwohl hier zunächst eine Deckungslücke in der Größenordnung, wie ich sie eben genannt habe, bestand, braucht die Nettokreditermächtigung nicht erhöht zu werden. Damit haben die Koalitionsfraktionen die erste entscheidende Zusage der Koalitionsvereinbarung eingehalten, nämlich an der Nettokreditermächtigung, die mit dem Haushaltsgesetz 1995 auf über 6 Milliarden DM festgelegt worden war - sie liegt bei etwa 6,6 Milliarden DM - nicht zu rütteln. Diese Zusage ist eingehalten worden.

Gleichwohl sind neue und wichtige Akzente gesetzt worden. Damit bietet dieser Haushalt zugleich die Voraussetzungen, daß die nächste Zusage der Koalitionsvereinbarung eingehalten werden kann, nämlich die Nettokreditermächtigung im Jahre 1996 auf 6 Milliarden DM herunterzufahren, um durch stetiges Absenken am Ende eine Nettokreditermächtigung von nicht mehr als 1 Milliarde DM im Jahre 2000 zu erreichen. Das ist ein gemeinsames Ziel. Diesen zweiten Schritt werden wir gehen, und zwar gemeinsam.

(C)

Ich räume ja gerne ein, daß dieses für Nordrhein-Westfalen ungewohnte Gefährt einer Koalition aus Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch Schwierigkeiten bei den ersten Fahrten hat, die es unternimmt. Ich bitte dafür um Verständnis. Früher gab es eine einfache Regel: Kaufte man sich einen neuen Wagen, fuhr man ihn die ersten 10 000 km unter Tempo 100, weil man ihn einfahren mußte.

Wir spüren es alle, und der Öffentlichkeit bleibt es auch nicht verborgen: Dieser Motor tuckert ab und zu. Aber - das sage ich Ihnen - dieser Motor wird rundlaufen, wenn sich beide Seiten an die getroffene Vereinbarung halten. Sie werden die Haushaltspolitik beider Fraktionen an diesem Koalitionsvertrag messen dürfen. Wir legen sogar Wert darauf, daß die Opposition das tut. Wir legen Wert darauf, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es miteinander vereinbar ist, eine solide Haushaltswirtschaft zu führen und sich gleichwohl für die Erneuerung der Industrie und für die Absicherung des Sozialstaates politisch im Haushalt einzusetzen. Diese Nachweise werden wir erbringen.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang sind verständlicherweise Irritationen entstanden. Denn das Haushaltsgesetz enthält eine wichtige Regel: Die Verpflichtungsermächtigungen, die heute für künftige Jahre eingegangen werden können, werden um 30 % abgesenkt. Damit schaffen wir eine Grundlage, um das Ziel, von dem ich sprach, in den Jahren 1996 und 1997 zu erreichen. Wir mindern die Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre. Das ist eine Voraussetzung, um dieses wichtige Ziel von dem ich sprach, zu erreichen.

In dem Zusammenhang hat es Irritationen gegeben, wie sich das im konkreten Fall "Arbeit statt Sozialhilfe", einem Programm, das Sozialdemokraten 1984 erfolgreich entwickelt haben, auswirkt. Dazu sage ich Ihnen folgendes: Die Landesregie-

(Trinius [SPD])

A) rung hat beschlossen und dies dem Ausschuß mitgeteilt, daß es bei 3 000 Stellen in den Jahren 1996 und 1997 bleibt. Sie haben dem Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen im Haushaltsausschuß ausdrücklich zugestimmt. Dieser Beschlußvorschlag lautete:

"Für 1996 und 1997 bleibt es bei 3 000 neuen Stellen pro Jahr für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe"."

Es geht dann weiter:

"Soweit Stellen von der Deckelung der Verpflichtungsermächtigungen betroffen werden, werden sie 1996 grundsätzlich auf zwei Jahre verlängert."

Es bleibt also bei einer Laufzeit der "Arbeit statt Sozialhilfe"-Maßnahme, die die betroffenen Personen - das ist der Kernpunkt - nach Ablauf der Maßnahme wieder in die vollen Rechte nach dem Arbeitsförderungsgesetz einsetzt.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Trinius, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

B) **Reinhold Trinius (SPD):** Sofort. - In den Jahren 1996 und 1997 bleiben die Barmittel für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" in heutiger Höhe erhalten. Was wollen Sie eigentlich mehr?

(Peter Bensmann [CDU]: Klarheit!)

Trauen Sie nicht einmal einem Beschluß, den wir als Vorschlag eingebracht haben und dem Sie selbst zugestimmt haben? Was wollen Sie denn mehr? Im übrigen wundere ich mich über Ihre Scheinheiligkeit in sozialpolitischen Fragen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ich möchte eine Frage stellen!)

Das, was die Koalition in Bonn betreibt, scheint für Sie überhaupt keine Bedeutung zu haben oder ist für Sie automatisch entschuldigt, weil man es im Land Nordrhein-Westfalen anschließend reparieren muß.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wollen Sie die Zwischenfrage noch zulassen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön, Herr Kollege Arentz. **(C)**

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Kollege Trinius können Sie uns denn einmal erklären, warum - wenn alles so läuft, wie Sie es dargestellt haben - die Verpflichtungsermächtigungen für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" nicht ungekürzt bestehen geblieben sind? Für den Haushalt hat das genau die gleichen Auswirkungen - wenn es so läuft, wie Sie es dargestellt haben -, als hätte man die Verpflichtungsermächtigungen nicht verringert.

Wenn ich das richtig sehe, würden Sie uns dann bitte auch erklären, in welchen anderen Haushaltstiteln des MAGS im nächsten um im übernächsten Jahr die zusätzlichen Einsparungen stattfinden werden, die Sie erreichen müssen, um das Gesamtvolumen nicht ausweiten zu müssen.

Reinhold Trinius (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege Arentz, der Einzelplan 07 enthält Verpflichtungsermächtigungen in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden DM. Er hat allein für das Jahr 1996 Verpflichtungsermächtigungen in einer Größenordnung von knapp 900 Millionen DM. Wenn Arbeit und Sozialhilfe ein so wichtiger Akzent ist, muß es möglich sein, dies innerhalb eines solchen Haushalts auch im Vollzug auszugleichen. Das Entscheidende ist, Herr Kollege: Die Barmittel sollen sowohl 1996 wie 1997 so bereitgestellt werden, daß es in vollem Umfang gefahren werden kann. Und wenn Sie die Zusage für die Barmittel haben, brauchen Sie die Verpflichtungsermächtigung nicht mehr. **(D)**

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wollen Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen?

Reinhold Trinius (SPD): Ich glaube, das ist damit eigentlich geklärt.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Nein, jetzt möchte Herr Kollege Bensmann etwas fragen.

(A) Reinhold Trinius (SPD): Herr Kollege, an der Scheinheiligkeit,

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

an der Scheinheiligkeit der Sozialpolitik der CDU kommen Sie ja nicht vorbei.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollen die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre verkürzen. Das ist das eine.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Einer Äußerung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes entnehme ich, daß Sie den Zugang zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erschweren werden. Das betrifft Jugendliche, die ihre Ausbildung beendet haben.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lesen Sie doch selbst einmal nach, was Sie in Bonn beschließen. Bestreiten Sie hier nicht, was Sie in Bonn als Sparmaßnahme zur Sicherung der Finanzen verkünden und preisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

(B) Sie haben sich darüber hinaus nicht gescheut, einen Antrag, der im Haushalts- und Finanzausschuß zum Taschengeld für Asylbewerber, die in Abschiebehafte sind, gestellt worden ist, als eine Besserstellung von Asylbewerbern gegenüber inhaftierten Deutschen zu verunglimpfen.

(Peter Bensmann [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

- Ich sage Ihnen: Die Wahrheit ist, daß ein Gericht entschieden hat, daß genau so zu verfahren sei.

(Peter Bensmann [CDU]: Verfahren werden kann!)

- Nein, nicht "kann". Wollen Sie das Urteil haben? Der Antragsgegner wird auf diesem Wege verpflichtet, bis zur Entlassung oder Abschiebung aus der Abschiebehafte ein monatliches Taschengeld in Höhe von 80 DM zu gewähren. Der Antragsgegner, eine Stadt, wird verpflichtet. Nicht: "er kann". Er muß. Das Gesetz, auf das sich das Gericht bezieht - es schafft hier ja nicht freihändig Recht -, ist vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Das ist das Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber, das auch die Zustimmung der CDU, ja gerade der CDU, gefunden hat. In diesem Gesetz ist der Kreis der Leistungsberechtigten festgelegt: Asyl-

bewerberleistungsgesetz. Nach diesem Gesetz sind Leistungsberechtigte auch diejenigen, die vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind. Das Gesetz, das Sie im Bundestag mitgetragen haben, schreibt vor: Auch derjenige, der in Abschiebehafte ist, ist leistungsberechtigt. Und § 3 sieht vor, daß ein solcher Berechtigter einen Anspruch auf 80 DM monatlich als Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens hat.

Sie werfen uns in der Öffentlichkeit mit einem ausländerfeindlichen Unterton vor, daß wir Gesetze, die der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. verabschiedet hat, die rechtsgültig sind, einhalten und daraus im Nachtragshaushalt die Konsequenzen ziehen. Was haben Sie für ein Staats- und Rechtsverständnis!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Koalition hat darüber hinaus einige weitere Akzente gesetzt: 1,4 Millionen DM für neue Berufsfelder für Frauen, in technischen Berufen, im Handwerk. Ich finde das gut. Vergleichbare Anstrengungen haben wir früher bei der Berufsausbildung unternommen, als es darum ging, gewerblich-technische Berufe für die Berufsausbildung von Mädchen zu erschließen. Ähnliche Anstrengungen unternehmen wir an den Hochschulen, wo es darum geht, Studentinnen den Zugang zu Ingenieurberufen zu erleichtern.

Einen weiteren Beschluß haben wir für die nichtbundeseigenen Eisenbahnen gefaßt.

Wir haben einen Antrag eingebracht, für Frauen, die der Zwangsprostitution unterliegen oder mit denen menschenwürdiger Frauenhandel, Menschenhandel, getrieben worden ist, Beratungsstellen zu fördern und auch Übergangsheime anmieten zu können. Das hat Sie im übrigen so überzeugt, daß Sie diesen beiden Anträgen auch nicht widersprochen haben.

(Peter Bensmann [CDU]: Na und?)

Und alle Anträge, die wir als Koalitionsfraktionen zusätzlich eingebracht haben, sind gedeckt.

Das Prinzip der Deckung jeweils im eigenen Hause haben wir auch beim Landesrechnungshof eingehalten. Ich bin dankbar, daß es in Rücksprache mit dem Landesrechnungshof gelungen ist, dies auch abzusichern.

Nun hatte der Kollege Diegel im Zusammenhang mit der Gesamtberatung eine blendende Idee. Er schlug im Haushalts- und Finanzausschuß vor,

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

A) der Finanzminister möge doch sofort eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängen, denn die Steuerschätzungen seien ja ungünstiger, als man habe befürchten müssen, und damit würde er auch Maßnahmen etwa des Bundes folgen, auf die ich nicht im einzelnen eingehen will. Nur eins will ich sagen: Wenn der Bund glaubt, eine zusätzliche Finanzierungslücke in der Größenordnung von 19 bis 20 Milliarden DM durch die Privatisierung von bestimmten Unternehmen schließen zu können, dann unterscheidet er sich in einem ganz, ganz wesentlichem Punkt von unserer Praxis. Wir versilbern nicht Vermögen, um den Erlös zur Deckung eines Haushaltsloches in einem einzigen Haushaltsjahr auszugeben, sondern wir führen den Erlös aus der Veräußerung von früher sinnvollen Beteiligungen des Landes einem Topf zu, um ihn künftig für sinnvolle, landesstrukturpolitisch bedeutsame Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen verwenden zu können.

Aber das Abenteuerliche an Ihrem Vorschlag ist schlicht und einfach: Sie verlangen von dem Finanzminister eine Haushaltssperre zu einem Zeitpunkt, zu dem der Gesetzgeber Herr des Verfahrens ist. Ihnen liegt der Nachtragshaushalt vor. Das ist eine Mißachtung des Parlaments, ein völlig falsches Verständnis des Parlaments.

B) Sie fordern den Finanzminister zur Mißachtung des Parlaments auf. Wenn Sie das ernsthaft meinen, wovon Sie gesprochen haben, dann hätten Sie im Beratungsverfahren Anträge in einer Ihnen angemessenen Größenordnung gestellt, um den Haushalt zu sichern, aber nicht darauf gewartet, daß der Finanzminister nach Verabschiedung des Haushalts eine allgemeine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt.

Sie werden die Öffentlichkeit nicht darüber hinwegtäuschen können, daß es dieser Koalition, der SPD-Fraktion insbesondere, darauf ankommt, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, den Gewerbestandort Nordrhein-Westfalen von Aachen bis nach Ostwestfalen-Lippe in ökologischer Verantwortung und in sozialer Verantwortung zu erneuern, zu modernisieren und neue moderne und damit zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Rücküberweisung des Nachtragshaushaltes zur dritten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß stimmen wir zu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bajohr für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. (C)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur ersten Lesung dieses Nachtragshaushalts hatte ich gesagt, daß er eine Bewährungsprobe für die rot-grüne Koalition darstelle.

Schon damals war deutlich, daß dieser Nachtrag nicht nur haushaltstechnische Korrekturen vornimmt; von Anfang an enthielt der Entwurf daneben politische Ansätze, die Ausfluß der Koalitionsvereinbarung waren.

Für uns Bündnisgrüne erinnere ich beispielsweise an die Schaffung von 440 zusätzlichen Lehrerinnen-Stellen ab 01. Februar 1996.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politisch jetzt gewollte Ansätze sind auch die Aufstockung des REN-Programms um 5,25 Millionen DM

(Beifall bei den GRÜNEN)

und des Härtefonds für Verfolgte des nationalsozialistischen Staatsterrorismus um 500 000 DM. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und von Reinhold Trinius [SPD])

Diese Beispiele tragen zwar eindeutig die "grüne" Handschrift, sie dokumentieren aber zugleich den gemeinsamen politischen Willen beider Koalitionspartner.

Etwas Aufruhr gab es, als ich seinerzeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Änderungs- und Ergänzungsbedarf am Regierungsentwurf anmeldete. Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle den Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der SPD: "Da müssen Sie sich aber warm anziehen!"

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Das haben wir getan!)

Ja, das haben wir getan, und dann haben wir unseren Kolleginnen in der befreundeten Fraktion unsere bündnisgrünen Vorstellungen dargelegt, jeden Titel, jede Anhebung von Baransätzen und von Verpflichtungsermächtigungen, versehen mit soliden Deckungsvorschlägen.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Wir haben lange verhandelt, wir haben intensiv debattiert. Ich halte das in einer Koalition für legitim und für normal. Selbst bei absoluten Mehrheiten gibt es ja keine durchgängigen Meinungsübereinstimmungen von Regierung und Regierungsfraktion.

Wichtig ist, daß wir ein tragfähiges gemeinsames Ergebnis erzielt haben. Deshalb ist alles Gerede und Geschreibe vom möglichen Aus für Rot-Grün in NRW von Anfang an Blödsinn gewesen. Es ist wichtig, das hier einmal klar und deutlich festzuhalten.

Noch energischer als zuvor bringt der Nachtrag jetzt Anliegen zur Geltung, die wir Bündnisgrünen in den Koalitionsvereinbarungen durchgesetzt hatten. Jetzt und nicht erst nach Inkrafttreten des Haushalts 1996 kann das Taschengeld für Abschiebehäftlinge angehoben werden. Mit plus 200 000 DM tragen wir - Herr Kollege Trinius hat das eben schon gesagt - der neueren Rechtsprechung Rechnung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Für die soziale Betreuung von Flüchtlingen stehen 200 000 DM und Verpflichtungsermächtigungen über 300 000 DM bereit. Das verbessert die Voraussetzungen für die Arbeit kirchlicher Einrichtungen und für den Landesflüchtlingsrat.

(B)

Einen Schub für den öffentlichen Verkehr erwarten wir von unserer Entscheidung, die Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen um 1,4 Millionen DM zu erhöhen. Damit können Strecken erhalten werden, die ansonsten von der Deutschen Bahn AG stillgelegt würden.

Endlich besteht auch die Möglichkeit, den Kampf gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution zu intensivieren. Mit 100 000 DM werden erstmals Beratungsstellen gegen Frauenhandel gefördert. Hinzu kommt für diesen Zweck eine Verpflichtungsermächtigung über 230 000 DM.

Für die Beschaffung von Zufluchtswohnungen - auch das hat Kollege Trinius bereits erwähnt - für Opfer von Zwangsprostitution stehen im Nachtrag übertragbare Mittel in Höhe von 100 000 DM bereit. Sichergestellt ist außerdem die Schaffung von zwei Referaten für Migrationsfragen und für Schwule und Lesben im Sozialministerium.

Im Koalitionsvertrag niedergelegt ist die Vereinbarung, ein Programm aufzulegen, das neue Berufsfelder für Frauen erschließt. Ein Schwerpunkt ist dabei die Stärkung der Position von Frauen im Handwerk. Auf unser Drängen hin sind deshalb in

den Nachtrag 1,4 Millionen DM für eine Landesinitiative "Frauen in technischen Berufen und im Handwerk" eingestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit diesem Programm echte Fortschritte für Frauen im Wirtschaftsleben erzielen. Wir werden helfen, dieses Programm mit Leben zu erfüllen. Wir werden darauf achten, daß es entsprechend der Koalitionsvereinbarung 1996 ausgebaut wird.

Auch die Voraussetzungen für die Regionalstellen "Frau und Beruf" konnten verbessert werden. Die Landesförderung für Kommunen, die unter dem Haushaltskonsolidierungskonzept stehen, kann den ansonsten üblichen Satz von 70 % überschreiten und sich auf bis zu 80 % erhöhen.

Wir Bündnisgrünen hätten uns mehr gewünscht. Wir werden in den kommenden Monaten kritisch prüfen, ob sich dieses Konzept so bewährt oder ob nicht doch weitergehende Anpassungen an die schwierige Haushaltssituation der Gemeinden notwendig sind.

Spektakulärster Streitpunkt in den Verhandlungen mit der SPD war das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe". Dieses Programm gilt uns als Eckpfeiler einer sozial orientierten Arbeitsmarktpolitik. Es hilft nicht nur Sozialhilfeempfängerinnen, nach langer Erwerbslosigkeit wieder zu arbeiten; auch die Kommunen werden ja mittelfristig von Sozialhilfezahlungen entlastet.

Das Programm, das Jahr für Jahr 3 000 neue Stellen bereithält, ist weithin anerkannt. Angesichts der Verhärtungen auf dem Arbeitsmarkt sollte es unseres Erachtens sogar ausgebaut werden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Dazu haben Sie einen großen Schritt getan!)

- Das haben wir getan, Herr Arentz; wir haben es auf jeden Fall gesichert.

Es war ganz sicher ein Fehler, dieses Programm nicht von Anfang an aus der Deckelung der Verpflichtungsermächtigungen herauszunehmen. Wir hatten vorgeschlagen, diesen Fehler im Beratungsverfahren nachzubessern. Leider beriefen sich unsere politischen Partnerinnen auf ihren kurz zuvor gefaßten Beschluß, keine Änderungen am Regierungsentwurf des Nachtragshaushaltes vorzunehmen oder zuzulassen.

In den nachfolgenden Verhandlungen - das kann man hier ja offen sagen - haben sich beide Seiten nichts geschenkt; dennoch blieb die Stimmung

(C)

(D)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) gut. Wir Bündnisgrünen haben jedenfalls schmunzelnd registriert, daß unsere Partner nie den Humor verloren. Einige wollten uns sogar, Herr Finanzminister, mit der lustigen Behauptung erheitern, sie bräuchten eigentlich gar keinen Nachtragshaushalt. Es hat einiger Anstrengungen bedurft, unsere politischen Partnerinnen von der Notwendigkeit der vollständigen Erhaltung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" zu überzeugen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gemeinsam haben wir schließlich beschlossen, daß es für 1996 und 1997 bei jährlich 3 000 neuen Stellen bleibt.

Die Barmittel des Haushaltsansatzes 1995 bleiben in den beiden kommenden Haushaltsjahren erhalten. Soweit Stellen von der Deckelung betroffen sind, werden sie 1996 grundsätzlich auf zwei Jahre verlängert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bleibt also bei einer Laufzeit der Maßnahmen, nach denen die betroffenen Personen gegebenenfalls wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld erheben können. Deshalb ist der CDU-Antrag hierzu völlig überflüssig. Die Vereinbarungen bedürfen jetzt keiner weiteren Nachbesserungen.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt, den wir heute beraten, deckt ja nur einen kleinen Teil der Vorhaben der zunächst auf fünf Jahre angesetzten Koalition ab.

In Bonn dokumentiert das 50-Milliarden-Loch des Herrn Waigel das totale Scheitern der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes. Davon drohen finanz- und haushaltswirtschaftliche Gefahren auch für NRW. Dem Haushalts- und Finanzausschuß hat ja Herr Minister Schleißer bereits eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1996 avisiert. Ob im Winter weitere Konsequenzen aus Verschlechterungen der Rahmenbedingungen gezogen werden müssen, kann heute niemand mit Gewißheit sagen.

Die rot-grüne Koalition hat sich vor dem Hintergrund nicht beeinflussbarer oder von außen kommender Rahmenbedingungen entschieden, in dieser Wahlperiode 22 000 Stellen abzubauen, die Personalausgaben auf 40 % der Steuereinnahmen zu begrenzen, möglichst Angestellte statt Beamtinnen zu beschäftigen und die jährliche Neuverschuldung bis zum Jahre 2000 auf 1 Milliarde DM

zurückzuführen. Ob dies gesamtwirtschaftlich, vor allem arbeitsmarktpolitisch, sinnvoll ist, sei einmal dahingestellt. Es ist - nach derzeitigem Erkenntnisstand - unter den gegebenen Vorzeichen haushaltspolitisch notwendig.

(C)

Dennoch werden wir uns die Frage zu stellen haben, wie rot-grüne Reformen realisiert werden können, wenn die finanziellen Spielräume des Landes aufgrund lang anhaltender wirtschaftlicher Schwäche oder vielleicht sogar noch konjunktureller Einbrüche und des Fortdauerns der Bonner Steuersenkungspolitik eingeschnürt werden.

Für die bündnisgrüne Fraktion ist die Senkung der Neuverschuldung bis hin zum Abbau des bereits angehäuften Schuldenberges ein Essential ihrer Politik. Wir stehen zu dem vereinbarten Konsolidierungskurs, weil es kein unaufhörliches Wachstum geben darf - weder beim Ressourcenverbrauch noch bei der Kreditaufnahme. Aber ich warne jeden davor, unser gemeinsames Ziel nun wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Wer die beabsichtigte Senkung der Nettokreditemächtigung voreilig als "unverrückbare Position" bezeichnet, hat keinen Schimmer von den Unwägbarkeiten der Wirtschafts- und Finanzmärkte im Zeichen der Globalisierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Wer ausschließlich dem Sparen das Wort redet, erdrosselt alle Reformperspektiven.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt zu unverrückbaren Positionen rät deshalb Manfred Lahnstein, Bundesfinanzminister unter Helmut Schmidt, zu der Bereitschaft, in arbeitsmarktpolitisch angespannten Situationen, in denen zudem die Steuereinnahmen sinken, kurzfristig Defizite hinzunehmen. Lahnstein weiter: "Beim Defizitabbau ist sehr viel Augenmaß notwendig." Zu diesem Augenmaß möchte ich raten, wenn wir den im Koalitionsvertrag vereinbarten Konsolidierungskurs steuern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist

(Minister Schließer)

(A) heute schon wiederholt von allen Fraktionen gesagt worden, daß der Landtag Budgetgeber ist. Das ist unbestritten. Die Fraktionen haben ihre Positionen dargelegt, ihre Verständigungen deutlich gemacht. Es ist nicht an mir zu bewerten, zu welchen Verständigungen man gekommen ist.

Es ist von Verhandlungen die Rede gewesen, die überwiegend mit Humor geführt worden sind. Es gibt unterschiedliche Wahrnehmungen von Humor; das ist sicherlich richtig, Herr Kollege Bajohr. Aber das wird sich auch noch regeln.

Wenn man allerdings besonders darüber erheitert war, Herr Kollege Busch, daß der Finanzminister auch ohne Nachtrag hätte leben können, kann man das jetzt noch sicherstellen. Die Abstimmungen sind erst am nächsten Freitag. Ich lasse es richtig darauf ankommen.

Womit ich allerdings Probleme kriege, will ich genauso deutlich sagen. Es gab einen 3-Monats-Finanzminister des letzten Kabinetts Schmidt. Auch dessen Meinung wird nicht dadurch verbindlicher, daß er einmal drei Monate Finanzminister gewesen ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

(B) Ich möchte ein wenig davor warnen, Herr Kollege Bajohr, daß jetzt bereits ein Einstieg gesucht wird angesichts von Schwierigkeiten, vor denen wir alle in den nächsten Monaten und Jahren stehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Daß wir dieses Land nicht kaputtsparen, ist nicht die Frage. Das haben wir in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, und das wird auch künftig so sein.

Nur, wir wollen doch gemeinsam darauf achten - das war die Hauptverständigung -, daß wir nicht nur mit unserer Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft vernünftig umgehen, auch mit der Zukunft unserer Kinder. Auch das ist ja wohl wichtig.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe gesagt, die Fraktionen haben ihre Positionen dargestellt. Ich kann nur festhalten: Der Nachtragshaushalt hat ein Volumen, und zwar Mehrausgaben von 660 Millionen DM, Minderungen von 660 Millionen DM. Die Veränderung des Haushalts ist damit gleich null, obwohl so wichtige Fragen wie die Unterstützung der Kommunen bei Asyl, wie das Betreuungsgesetz, wie das Unterhaltsvorschußgesetz, eine große

Verbesserung des Wohngeldes und die Vorsorge für Personal, die wir getroffen haben, enthalten sind. Trotz alledem hat eine Ausweitung des Haushalts nicht stattgefunden. 660 Millionen DM stehen 660 Millionen DM gegenüber. (C)

Herr Kollege Reul, 10 Millionen DM finden Sie anerkennenswert. Alles andere hat Sie nicht erreicht, nehme ich einmal an. Der Kollege Trinius hat den eigentlichen Anlaß des Nachtrags ja dargelegt. Weil es einen Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen gibt, mußte vom Haushaltsgesetz auf den Haushaltsplan umgestellt werden. Das haben wir bei der Koks Kohle vollzogen. Das war mit der entscheidende Punkt für diesen Nachtrag. Ich hätte es wohl für wichtig gehalten, Herr Kollege Reul, daß die Vertragserfüllung genannt wird.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Zur Öffentlichkeitsarbeit habe ich schon im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt: Da müssen Sie jetzt mit anderen GRÜNEN rechnen. Öffentliche Verstärkungsmittel für Öffentlichkeitsarbeit zu kürzen, das ist der ständige und typische Antrag der Opposition. Das machen unsere in Bonn, das machen Sie hier. Das werden Sie sicherlich so lange machen, solange Sie Opposition sind. Sie werden es nicht mehr machen, wenn Sie Regierung sind, weil Sie dann nämlich merken, daß die Mittel unverzichtbar sind. (D)

Nur, Kollege Reul, Deckungsmittel sind das nicht. Es sind Verstärkungsmittel, die im Regelfall nicht ausgegeben werden, sondern nur für Notfälle zur Verfügung stehen. In Notfällen müssen Regierungen handeln. Das bestreite ich nicht: Die in Bonn muß handeln, wir aber auch. Darum können Sie weiterhin Jahr für Jahr die Anträge stellen. Aber Sie müssen mit Regierungsfraktionen rechnen und mit Oppositionsfraktionen. So einfach ist das. So einfach wird das auch künftig sein.

Was wir an Problemen hatten, ist dargelegt worden. Nur eines: Geld statt Stellen. Es war ein Versuch, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, Herr Kollege Reul. Nun reduzieren Sie das ganz allein auf Geld statt Stellen. Daß wir 3500 mehr Lehramtsanwärter haben, haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Daß die nicht die volle Stundenzahl fahren, stimmt zwar, aber daß die null Stundenzahl lehren, ist ja auch wohl falsch. Das ist ein Volumen von über 300 zusätzlichen Unterrichtstagen. Daß es 440 befristete Lehrerstellen gibt, und zwar ab 1. Februar schon, haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Sie müssen das

(Minister Schleißer)

(A) summieren, was da stattfindet, und nicht isoliert einen einzelnen Punkt herausgreifen.

Was zu "Arbeit statt Sozialhilfe" zu zahlen ist, da wundert mich noch - Herr Kollege Arentz, das haben Sie ja eben per Zwischenruf gesagt -, daß Sie jetzt Leistungen durch VE erfüllen wollen. Leistungen werden durch Barmittel erfüllt. Und Barmittel für "Arbeit statt Sozialhilfe" stehen im Haushalt 1995 zur Verfügung, stehen im Haushalt 1996 ungekürzt zur Verfügung und werden im Haushalt 1997 ungekürzt zur Verfügung stehen - Barmittel.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Warum reduzieren Sie denn die VE?)

- Wir haben gut daran getan, Herr Kollege Arentz. Versuchen Sie doch nicht, Verunsicherung hineinzubringen.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Das erkläre ich Ihnen doch. Sie waren doch eben davon überzeugt, mit VE könnte man Ausgaben tätigen. Man kann Bewilligungen danach aussprechen. Für uns sind Ausgaben das Wichtige. Wissen Sie, warum man VE reduzieren muß? - Um für künftige Jahre handlungsfähig zu sein. Es geht um Handlungsfähigkeit auf vielen Gebieten. Darum reduzieren wir Verpflichtungsermächtigungen. Nur an diesem Punkt ist Ihnen klar gewesen - das haben wir immer gesagt -: Barmittel 1995, die gleichen Barmittel 1996 und die gleichen Barmittel 1997.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bensmann?

(Minister Schleißer: Ja, aber sicher.)

- Gut, in Ordnung.

(Stefan Frechen [SPD]: Aber was Vernünftiges!)

Peter Bensmann (CDU): Ja natürlich, Herr Frechen. - Herr Minister, stimmen Sie mir denn vor dem Hintergrund der Aussage des Kollegen Trinius zu, daß, wenn im Einzelplan 7 Verpflichtungsermächtigungen in der Größenordnung von 900 Millionen DM vorhanden sind, nur 70 Prozent gewährt werden sollen, die Barmittel aber zu 100 % zur Verfügung gestellt werden, in anderen Berei-

chen des Einzelplans 7 dann nicht nur VE in der gekürzten Größe von 70 Prozent, sondern darunter liegen? Können Sie dem Hohen Haus einmal sagen, in welchem Bereich der zuständige Fachminister dann diese Mittel erwirtschaften soll? (C)

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ich kann Ihnen nicht zustimmen, Herr Kollege Bensmann, weil es - das wissen Sie aus den Beratungen im Ausschuß - generell die Linie gibt, wie es auch im Nachtrag vorgeschlagen wird: Absenkung der VE auf 70 Prozent. Was Sie mitkriegen müßten, ist, daß das eine Aufstockung um 20 Prozent ist. Denn bis zur Verabschiedung des Haushalts hat der Finanzminister die VE bei 50 Prozent festgehalten. Ich gebe also mehr Luft und enge nicht weiter ein. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der zu bereden sein wird: Das Kabinett hat den 96er Haushalt verabschiedet. Er wird noch in diesem Monat hier eingebracht. Sie werden sehen, daß es durchaus Bereiche gibt, in denen die Barmittel da, wo tatsächlich politische Leistungen erbracht werden, nicht gekürzt worden sind - in vielen Bereichen, in denen überrollt worden ist.

Da sage ich Ihnen noch einmal: "Arbeit statt Sozialhilfe" wird nicht den Haushalt des Arbeits- und Sozialministers schwächen, wie der Nachtragshaushalt es nicht tut und die Folgehaushalte es auch nicht machen werden. Wir sind in einer schwierigen Zeit. Alle Ressorts müssen daran mitarbeiten, das Problem zu bewältigen. Ich hoffe, irgendwann wird die Opposition auch dazu bereit sein mitzuhelfen, Nordrhein-Westfalen auf einen guten Weg zu bringen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon bemerkenswert, wie sich hier die beiden Koalitionsfraktionen wechselseitig in die Tasche lügen und die CDU dafür verantwortlich machen, daß das Problem "Arbeit statt Sozialhilfe" gekürzt werden sollte oder wollte, weil die CDU diesen Antrag eingebracht hätte. Das ist schlichtweg falsch. Diesen Antrag hat niemand anders als der Finanzminister eingebracht, also die Landesregierung

(Diegel [CDU])

- (A) selber, und Sie hatten sich untereinander damit abzurackern, dieses hier wieder zu korrigieren.

Ich spreche es einmal offen an: Ich weiß bisher immer noch nicht, wer sich als der heimliche Sieger in der Koalition empfindet, ob die GRÜNEN nun dieses Programm gerettet haben oder möglicherweise auch Sie von der SPD-Fraktion. Für uns steht jedenfalls fest, daß die Problematik nicht von uns, sondern von Ihnen selber hier eingebracht worden ist. Schieben Sie das nicht uns, der Fraktion der CDU, in die Tasche!

Ein zweiter Punkt, den ich korrigieren möchte, Herr Trinius, betrifft das Taschengeld für die Abschiebehäftlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie zitieren hier ein Gerichtsurteil.

(Reinhold Trinius [SPD]: Und ein Gesetz!)

Es gibt in der Zwischenzeit dieses eine Gerichtsurteil in Wuppertal; es mag vielleicht noch ein anderes geben. Sie haben aber - ganz bewußt - verschwiegen, daß es auch noch ganz andere Urteile gibt. Wir wollen eine Gleichbehandlung derjenigen, die Asylbewerber waren, und beispielsweise derjenigen, die als Untersuchungshäftlinge in Gefängnissen sitzen. Wir wollen hier keine zwei verschiedenen Paar Schuhe bzw. kein verschiedenes Recht schaffen.

- (B) Das Dritte, das Sie verschwiegen haben ---

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- Herr Appel, vielleicht wäre es interessant gewesen, wenn Sie sich an den Beratungen zum Nachtragshaushalt im Haushalts- und Finanzausschuß beteiligt hätten.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Darf ich Sie ganz kurz unterbrechen?

Helmut Diegel (CDU): Ich habe leider nur noch drei Minuten Redezeit; deswegen kann ich auf Ihre Frage nicht eingehen.

Aber ich fand schon interessant, daß sämtliche Anträge, die die Fraktion der GRÜNEN gestellt hat, noch nicht einmal begründet werden konnten. Selbst auf Nachfragen der Kollegen konnte auch die SPD-Fraktion nicht aushelfen. Hier mußte sich schon der Finanzminister davorstellen, um überhaupt die Ausschußberatungen zu gestalten. Ich finde, daß das ein Bild der Lächerlichkeit war, und so schaffen Sie sich jedenfalls auch hier weiterhin keine neuen Wähler.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dann auf das Problem der Steuerausfälle kommen, Herr Trinius, dann wollen wir nicht verschweigen, daß dieses nicht nur ein Problem für Herrn Waigel, sondern sicherlich auch ein solches für Herrn Schleißer ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber ich finde es nicht sehr hilfreich, wenn Herr Schleißer hier nicht einmal eine einzige Zahl nennen kann und vom Prinzip Hoffnung in der Zukunft leben will, während seine Kollegen in Niedersachsen und in Hessen in der Zwischenzeit mit einer Haushaltssperre arbeiten.

(Reinhold Trinius [SPD]: Er hat die Zahlen aus Bonn doch noch nicht!)

Es ist wirklich interessant: Wenn die Finanzministerkollegen der eigenen Fraktion in Hessen und in Niedersachsen eine Haushaltssperre erlassen, dann ist das in Ordnung; wenn die CDU-Fraktion dies hier in Nordrhein-Westfalen fordert, dann ist das offensichtlich falsch.

(Reinhold Trinius [SPD]: Sie kennen das Parlamentsrecht nicht!)

Meine Damen und Herren, auf welches Niveau sich in der Zwischenzeit bei den Haushaltsberatungen insbesondere auch die SPD-Fraktion hinabgegeben hat, zeigt die Tatsache, daß es offensichtlich nur noch um stundenlange Diskussionen um Migration und um Finanzmittel für Lesben- und Schwulenreferate geht. Das kann nicht die Schwerpunktproblematik, das können nicht die Schwerpunktthemen dieses Landes sein. Wenn Sie sich diesen Themen weiterhin als Schwerpunktthemen widmen wollen, dann sind Sie auf dem Holzweg, und dann werden Sie sich weiterhin bergab in Ihrer Wählergunst bewegen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Zunächst lasse ich über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Wer dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/352 - Kapitel 05 300 Titel 427 20; Stichwort: Fortführung des Programms "Geld statt Stellen"** - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es

(C)

(D)

(Vizepräsidentin Dr. Grüber)

(A) Enthaltungen? - Der Antrag ist somit mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

(Zuruf von der CDU)

Wer dem **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 12/353** - Kapitel 10 030 Titel 681 10; Soziostruktureller Ausgleich - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

Ich lasse nun über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/354** abstimmen - Kapitel 14 050 Titelgruppe 60 Titel 661 60; Schuldendiensthilfen an die Wfa -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

Ich rufe nun den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 12/355** auf. Hierzu ist Einzelabstimmung beantragt. Ich werde die einzelnen Kapitel und Titel aufrufen.

(B)

Zunächst geht es um **Kapitel 20 020 Titel 531 00** - Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit -. Wer möchte diesem Teilantrag zustimmen? - Wer ist dagegen? -

(Heinz Hardt [CDU]: Propaganda!)

Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**, und zwar mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU.

Weiter rufe ich auf: **Kapitel 20 630 Titel 916 10** - Erwerb von Grundstücken -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Nein. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Als nächstes lasse ich über den **Änderungsantrag** zu **Kapitel 20 650 Titel 325 00** - Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt - abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen nun zum **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 12/356** - **Personalhaushalt** -. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung ist hierzu eine **Gesamtabstimmung** vorgeschlagen worden; das werden wir dann auch so durchführen. (C)

Wer diesem **Änderungsantrag** der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag** mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen nun zum **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 12/357** - § 6 Abs. 15 Satz 2 Haushaltsgesetz; Programm Arbeit statt Sozialhilfe -. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

(Heinz Hardt [CDU], an die GRÜNEN-Fraktion gewandt: Ihr müßtet langsam rot werden! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Damit ist dieser **Änderungsantrag** mit den Stimmen der SPD und den Stimmen der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse nun über den **Gesetzentwurf des Nachtragshaushalts 1995** abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 12/350**, den Gesetzentwurf mit den vom Ausschuß beschlossenen und aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD und den Stimmen der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und damit auch der **Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen**. (D)

Ich lasse nun über die **Rücküberweisung** des Gesetzentwurfes an den **Haushalts- und Finanzausschuß** abstimmen. Wer der Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig **angenommen**, und der Gesetzentwurf ist an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen. Wir werden in der Sitzung am Freitag die dritte Lesung vornehmen.

(Vizepräsidentin Dr. Grüber)

(A) Ich kann damit diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

6 Meinungsvielfalt sichern - Änderung der Kabelbelegung nach dem Landesrundfunkgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/227

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 12/312

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Kollegen Büssow von der Fraktion der SPD das Wort.

(Zurufe: Er ist gar nicht da!)

- Doch, er ist auf dem Weg. Nach meiner Kenntnis haben Sie das Wort, Herr Büssow, und ich erteile es Ihnen auch.

(B) **Jürgen Büssow (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war jetzt etwas verwundert, weil es sich ja um einen Antrag der CDU handelt. Aber gern nehme ich vorweg, daß wir dem Antrag nicht zustimmen. Dann muß das hier eben so kurz deutlich gemacht werden.

Es geht um die Meinungsvielfaltsicherung in den Kabelanlagen. Nach § 41 sind Rundfunkveranstalter, die in Nordrhein-Westfalen eine Lizenz bekommen haben, vorrangig zugelassen, insbesondere ins Kabelnetz aufgenommen zu werden. Diesen besonderen Vorrang möchte nun die CDU - jetzt muß ich auch noch ihren Antrag erläutern - mit diesem Antrag aufheben.

Das, meine Damen und Herren, greift nun wiederum zu kurz; denn eines der Kriterien des Landesrundfunkgesetzes bei der Zulassung, das nun auch das Testat des Bundesverfassungsgerichts erfahren hat, ist die Tatsache, daß ein Veranstalter in Nordrhein-Westfalen seine studiotekhnischen Abwicklungen vornimmt. Gleichwohl läuft derzeit von der Brüsseler Kommission ein Verfahren zur Untersuchung, ob das nordrhein-westfälische Gesetz das europäische Diskriminierungsverbot gegenüber anderen Veranstaltern aus Europa verletzt hat.

(C) Nun schlägt die CDU vor, daß man die Vorrangstellung für satellitenbetriebene Veranstalter einfach aufheben soll. Wir meinen, daß das zu kurz ist. Wir müssen uns in der Tat damit auseinandersetzen und uns gemeinsam damit befassen. Darüber, daß bei der Kabelbelegung die Vielfaltskriterien optimaler formuliert werden müssen, herrschte auch im Ausschuß Einigkeit und Konsens. Man könnte das Kabel als Widerspiegelung eines optimalen Vollprogramms betrachten, daß sich also alle Aspekte, die zur Verfügung stehen, auch im Kabel repräsentieren. Das mag bei dem einen oder anderen Programm nicht der Fall sein. Es ist nicht unsere Aufgabe, das zu entscheiden; das ist die Aufgabe der LfR. Wir müssen aber die Kriterien präziser formulieren, wie diese Vielfalt hergestellt werden kann. Das wollen wir auch tun.

Wir haben in der letzten Hauptausschußsitzung gemeinsam - einstimmig mit allen Fraktionen; insofern komme ich hier auch meiner Berichtersterterfunktion gern nach - die Erwartung geäußert, daß die Landesregierung noch in diesem Jahr eine Novelle einbringen wird, um diese Fragen zu regeln. Und so wollen wir es denn auch halten.

Deswegen müssen wir aus Zeiterwägungen und weil wir glauben, daß der Antrag nicht weit genug greift, um diese Meinungsvielfalt optimal im Kabel herzustellen, diesen Antrag ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hegemann.

Lothar Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Büssow, kurz bevor Sie aus dem Landtag ausscheiden und ein hohes Staatsamt annehmen, müßten Sie wissen, welche Geschäftsordnung Sie beschlossen haben. Der Antrag der CDU kommt aus dem Hauptausschuß zurück. Deshalb stellen wir nicht mehr den ersten Redner, sondern Sie sind es als Berichterstatter.

(Jürgen Büssow [SPD]: Vielen Dank!)

(D) Die Landesrundfunkanstalt hat eine Kabelbelegung vorgeschlagen, mit der sie wahrscheinlich selbst nicht zufrieden ist, aber die sie nicht anders vornehmen konnte, weil dieses Haus eine gesetzliche Vorgabe gemacht hat, die der LfR keinen